Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR.

Nummer 71

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Abendausgabe · Preis 50 Mk. 68. Jahrgang Montag, 12. Februar 1923.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 53/54
GRUNDSTÜCKE

Das Einreiseverbot — ein Fetzen Papier!

Die Note der französischen Regierung, durch die den deutschen Ministern die Einreise in das Ruhrgebiet verboten wird, stimmt im Text mit dem von Havas veröffentlichten Wortlaut überein.

Die Note wird eingehend im Kabinett beraten und dann entsprechend beantwortet werden. Deutscherseits mißt man dem Verbot keinerlei Bedeutung bei, da man auf dem Standpunkt steht, daß Frankreich nicht in der Lage ist, deutschen Ministern zu verbieten, Amtshandlungen auf deutschem Boden vorzunehmen. Jedenfalls wird sich die Regierung um das rechtsungültige Verbot Frankreichs nicht kümmern.

Reichspräsident Ebert in Karlsruhe.

TU Karlsruhe, 12. Februar.

Reichspräsident Ebert, in Begleitung des Reichsministers Oeser und des Reichsschatzministers Dr. Albert, ist heute vormittag zehn Uhr im Schnellzug hier eingetroffen. Zur Begrüßung war Staatspräsident Remmele erschienen. In der Bahnhofshalle wie vor dem Bahnhof hatte sich ein zahlreiches Publikum zur Begrüßung des Reichspräsidenten eingefunden. Die Herren fuhren in Kraftwagen zum Staatsministerium, wo in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der badischen Regierung eine Besprechung über die durch die Besetzung Offenburgs und Umgebung geschaffene Lage stattfand. Um 12 Uhr wird ein Empfang der Vertreter der Karlsruher Presse stattfinden.

Staatsminister Haenisch ausgewiesen.

Frankfurt a. M., 11. Februar.

Der Regierungspräsident von Wiesbaden, Hornisch, gegen dessen Amtsantritt die Rheinlandkommission ein vorläufiges Veto eingelegt hatte, weilte in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preußischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage einzuziehen. Am Sonnabend nachmittag wurde er aus einer Besprechung mit Landräten und Bürgermeistern des Regierungsbezirks Wiesbaden durch französische Beamte zu dem Oberdelegierten Marquis de Lillers genötigt, der ihn ehrenwörtlich verpflichten wollte, noch vor Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Haenisch lehnte das Ansinnen ab und erklärte, nur der Gewalt zu weichen. Daraufhin wurde er in das französische Polizeikommissariat geführt und einer gründlichen Untersuchung unterzogen, gegen die er unter Berufung auf seine Immunität als preußischer Landtagsabgeordneter entschieden protestierte. Ebenso verweigerte er die Unterzeichnung eines von dem französischen Polizeikommissar aufgenommenen Protokolls. Gegen 9½ Uhr wurden Haenisch die Papiere zurückgegeben und er im französischen Militärautomobil über die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.

Ausweisung des Prinzen Hatzfeld?

EE London, 12. Februar.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt: Ich glaube zu wissen, daß die Alliierten sich mit dem Schicksal des Prinzen Hatzfeld, des deutschen Vertreters bei der Interalliierten Rheinlandkommission beschäftigen. Die Franzosen fordern seine einfache Ausweisung, weil die deutschen Beamten unter den gegenwärtigen Umständen ihre Befehl direkt aus Berlin erhalten. Die Engländer wünschen, daß die Frage von der Botschafterkonferenz erörtert werde.

Neue Zwischenfälle in Essen.

Essen, 12. Februar.

Im Laufe des gestrigen Abends kam es in der Kettwiger Straße vor einem Lokal zu Ansammlungen. Französische Truppen säuberten die Straße. Bei dieser Gelegenheit wurden französischerseits zwei scharfe Schüsse abgegeben. Verletzt wurde anscheinend niemand.

Das gefährliche Währungsproblem.

Paris, 11. Februar.

Für den Stand der Debatte über die Einführung einer neuen Währung im Ruhrgebiet sind die widerspruchsvollen Nachrichten bezeichnend, die im Anschluß an die französisch-belgischen Konferenzen der letzten Tage hierüber verbreitet werden. So meldet der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris", auf französischer Seite sei man für die Ausgabe einer rheinischen Währung. Während der jüngsten Anwesenheit des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten in Brüssel habe deshalb Ministerpräsident Theunis besonders bei diesem Punkt eingegriffen, und seine praktischen Gedankengänge hätten starken Eindruck gemacht. Wenn die Eisenbahnen **auch als Garantie für eine Anleihe verwendet werden könnten,** so seien sie nach Theunis damit noch nicht als Garantie für eine Währung tauglich. Im Gegensatz hierzu glaubt „Journal" feststellen zu können, auf französischer Seite sei man bis gestern gegen die Einführung einer neuen Währung gewesen, weil sie im Ausland dahin ausgelegt werden würde, **daß Frankreich das Rheinland und Westfalen vom Deutschen Reich loslösen wolle.** Belgien dagegen halte eine neue Währung für unerläßlich und werde sie wahrscheinlich durchsetzen.

Die neuen Zollsanktionen.

Verschärfte Kriegsmaßnahmen an der Ruhrfront.

Die Blockade des Ruhrgebiets.

Ausfuhrsperre für metallurgische Produkte.

EP Paris, 11. Februar.

Die französische Regierung hat heute vormittag dem deutschen Geschäftsträger folgende Note überreichen lassen:

„Infolge der Befehle, die die deutsche Regierung ihren Beamten im Ruhrgebiet gegeben hat und infolge der Unruhen aller Art, die die deutsche Regierung in diesem Gebiet hervorzurufen bestrebt ist, haben die belgische und französische Regierung beschlossen, vom 12. Februar an die Ausfuhr der in diesen Gebieten hergestellten metallurgischen und anderen Produkte nach Deutschland nicht mehr zu gestatten."

Die gleiche Mitteilung ist von der belgischen Regierung dem Geschäftsträger in Brüssel überreicht worden.

Paris, 11. Februar.

Die Ergebnisse der gestrigen Verhandlungen des französischen Kabinetts mit dem belgischen Außenminister Jaspar werden vom „Petit Parisien" wie folgt zusammengefaßt: Es sei vereinbart worden, die Bemühungen auf eine Anzahl der wichtigsten Eisenbahnlinien zu konzentrieren und neben dem französischen und belgischen Personal diejenigen deutschen Eisenbahner und leitenden deutschen Beamten heranzuziehen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit gewillt seien. Hierzu komme ein System von Ausfuhrbewilligungen für sämtliche Industrielle des Ruhrgebiets. Durch die Verweigerung der Ausfuhrbewilligung könne die Beförderung der Fabrikate nach dem nichtbesetzten Deutschland einfach unterbunden werden. Diese Kontrolle werde eine Waffe gegen den Widerstand der Großindustriellen sein.

Weiter berichtet das Blatt dazu: daß durch das System von Ausfuhrlizenzen die Industriellen des Ruhrgebietes verhindert werden, die Maßnahmen dadurch zu umgehen, daß sie nach dem unbesetzten Deutschland durch gewisse ausländische Länder Waren ausführen. Die Ausfuhr werde einer sehr strengen Aufsicht unterworfen. **Die Industriellen müßten mit den Besatzungsmächten arbeiten, wenn sie ernstliche Angelegenheiten vermeiden wollten.** (!) Eine weitere Maßnahme könnte darin bestehen, daß die Besatzungsorgane dazu geführt würden, **den Verkauf der Produkte des Ruhrgebiets in die Hand zu nehmen.** Es sei noch nicht ganz sicher, ob dieses System demnächst für durchführbar erkannt werde. Für den Augenblick werde man sich ohne Zweifel damit begnügen, nach der deutschen Seite hin durch die Reorganisation des Eisenbahnverkehrs **das Ruhrgebiet hermetisch abzuschließen.**

Paris, 11. Februar.

Einige Blätter bleiben bei der Darstellung, daß die belgische Regierung eine allgemeine Verschärfung des Besatzungsregimes fordere. So schreibt „Oeuvre", die belgische Regierung frage sich, in welcher Form die neuen Zollsanktionen hinsichtlich der Ausfuhr der Fabrikate der Metallindustrie und der Einfuhr von Eisenerz erfolgen sollen. Sie sei bekanntlich für eine völlige Abschließung gewesen, die mit einem Schlage erfolgen solle. Auf belgischer Seite sei man der Ansicht, daß die zurzeit angewandten Mittel nicht dazu führen dürften, daß das eigentliche Ziel verloren gehe. Die Besetzung müsse kraftvoll durchgeführt und gleichzeitig müßten in allen Einzelheiten die Anordnungen vorbereitet werden, die dem Konflikt ein Ende bereiten sollen. Weitere Konferenzen würden die beiden Regierungen in den Stand setzen, ihre Auffassungen miteinander zu vergleichen und **gemeinsam das vorzubereiten, was man bereits einen neuen Friedensvertrag nenne.**

General Degoutte „berichtet".

Die Eisenbahnlage „äußerst ernst".

EE Paris, 12. Februar.

General Degoutte traf gestern in Paris ein und hatte Besprechungen mit Millerand und Maginot sowie mit Marschall Foch und abends mit Poincaré. Marcel Hutain vom „Echo de Paris" hatte mit ihm eine kurze Besprechung. General Degoutte erklärte sich von dem Ergebnis seiner Unterredungen für sehr befriedigt. **Das endgültige Resultat im Ruhrgebiet,** sagte er, **werde vielleicht noch lange auf sich warten lassen** (aha!), denn die Aufgabe sei schwierig; doch habe er volles Vertrauen auf ein gutes Ergebnis. (Natürlich!)

Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Cablogramm" zufolge soll in der gestrigen Unterredung General Degoutte dargelegt haben, daß die Lage im Ruhrgebiet, insbesondere hinsichtlich des Eisenbahnbetriebes, äußerst ernst sei. Poincaré setzte den General über das Ergebnis der Verhandlungen mit Jaspar in Kenntnis, wobei festgestellt worden sein soll, daß der Plan zu der Uebernahme der rheinischen Eisenbahnen, dessen Durchführung 25 000 Eisenbahnarbeiter erfordert, noch lange nicht fertiggestellt ist. Hinsichtlich der Organisation im Ruhrgebiet denkt man an die Schaffung von zwei Kommissionen, und zwar einer französischen und einer zivilen belgischen, die beide unter Leitung des französischen Hauptquartiers stehen.

Die Milchmädchenrechnung.

EE Paris, 12. Februar.

Die Presse gibt ihrer besonderen **Befriedigung über die neuen Zwangsmaßnahmen Ausdruck,** die gestern für das Ruhrgebiet beschlossen wurden und die in einem Ausfuhrverbot für die metallurgische Produktion nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands bestehen. Man behauptet, daß zwar das Kohlenausfuhrverbot für Deutschland eine schwere Verlegenheit bedeutet; aber das neue **Ausfuhrverbot werde die Industriellen im Ruhrgebiet in eine noch größere Zwangslage versetzen,** weil sie es bisher verstanden hätten, den größten Teil der Kohlenförderung des Ruhrgebiets an Ort und Stelle zu verbrauchen, und nunmehr, da sie **keine Gelegenheit haben würden, ihre Produkte auszuführen,** würde es zu einer **Ueberproduktion** kommen, die sich nicht lange aufrechterhalten könne. Insbesondere würde man nunmehr kein Schmiedeeisen und keinen Stahl, was für die deutschen Kaufleute nötig sei, nach Deutschland bringen können. Um es aber unmöglich zu machen, daß die Industriellen ihre Produkte in auswärtige Länder ausführen und von dort nach Deutschland zurückkehren lassen, werde man die **Einführung von Ausfuhrbewilligungen beschließen.** Der „Petit Parisien" hält es für möglich, daß die Alliierten auch den Verkauf der Ruhrprodukte in ihre Hand nehmen, doch sei ein derartiges Unternehmen sehr verwickelt, weshalb es noch nicht gewiß sei, ob es demnächst verwirklicht werden könnte. Jedenfalls wolle man das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland vollständig abschließen. Das „Journal" und das „Echo National" behaupten, das Ausfuhrverbot über die Produkte des Ruhrgebietes sei durch die belgische Regierung nicht gleichzeitig mit der französischen verhängt worden. Erst aus einer Brüsseler Depesche, die gestern mittag in Paris eintraf, habe man erfahren, daß Belgien sein Ausfuhrverbot Deutschland bereits bekanntgegeben hatte. „Natürlich" schloß sich Frankreich sodann Belgien an. Man erkläre dies selbständige Vorgehen der Belgier damit, daß diese dadurch entweder Indiskretionen verhindern wollten oder daß sie schnellstens die Verwirklichung schärfer Strafmaßnahmen wünschen und mit dem bisherigen Zögern der Franzosen nicht einverstanden waren. Dies habe Jaspar auch in Paris erklärt.

Der belgische Eisenbahnminister Neujean traf gestern in Paris ein. Er wird heute mit Le Trocquer und Poincaré Besprechungen haben, um den Plan einer Organisation der Eisenbahnen im Ruhrgebiet in allen Einzelheiten zu erörtern.

Die Kehrseite.

Paris, 11. Februar.

Der Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer hatte gestern abend mit Vertretern des Kohlenbergbaues und der Metallindustrie eine Besprechung über die Rückwirkung, die die Vorgänge im Ruhrgebiet auf ihre Betriebe ausüben.

Die Betriebslage auf den Ruhreisenbahnen.

Elberfeld, 12. Januar.

Ueber die Eisenbahnbetriebslage im besetzten Ruhrgebiet, wie sie sich am 10. Februar gestaltet hatte, wird uns gemeldet: Der Bahnhof Scharnhorst ist immer noch von den Franzosen besetzt. Dem deutschen Personal wird der Zutritt verweigert. Die Betriebslage ist außerordentlich schwierig. Personenzüge werden von der Kontrollstelle festgehalten. Bei dem Ueberfall auf die Bahnhöfe Wanne und Herne **raubten die Franzosen 450 Wagen Kohle vom Bahnhof Wanne und 150 vom Bahnhof Herne,** die sie nach Recklinghausen bringen wollten. Hierbei stieß der Zug mit einem Militärzug zusammen. Erheblicher Sachschaden ist entstanden. Das Ansinnen an die Hauptwerkstätten Recklinghausen, die Ausbesserung vorzunehmen, wurde von dieser **abgelehnt.** Auf der Strecke Kettwig—Düsseldorf wird von den Franzosen verminderter fahrplanmäßiger Personenverkehr durchgeführt. Zivilpersonen, insbesondere Arbeitern, wird die Benutzung erlaubt, doch ist die Bevölkerung wiederholt auf die Gefahren der Benutzung dieser Fahrgelegenheit hingewiesen worden, worauf die Franzosen versuchen, Reisende zur Benutzung der Züge durch Gewährung von Freifahrtscheinen anzulocken, allerdings mit sehr zweifelhaftem Erfolg. Kohlenzüge werden außer militarisierten Strecke hin- und hergefahren, um den Anschein zu erwecken, daß Kohlenzüge abtransportiert werden. Die auf den militarisierten Strecken beschäftigten französischen Kräfte sind wenig zufrieden mit ihrem Dienst und viele sind innerhalb weniger Stunden aus dem Ruhrgebiet abtransportiert worden.

Polen und die Ruhraktion.

Aus Warschau, Anfang Februar, wird uns geschrieben:

Die Stellung der Regierung sowohl wie der öffentlichen Meinung in Kongreßpolen zur Ruhrbesetzung ist seit Wochen die gleiche geblieben. Bei der Regierung, den Parteien und den Zeitungen besteht die denkbar entschiedenste Abneigung, sich auf irgend ein aktives Vorgehen einzulassen. Auch von militärischen Vorbereitungen von irgendwelcher größeren Bedeutung ist nichts zu bemerken.

So spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß von Polen eine überraschendes Eingreifen in den deutsch-französischen Konflikt nicht zu erwarten ist. Freilich ist es nicht ausgeschlossen, daß bei einem für Frankreich entschieden ungünstigen Verlauf des Ruhrabenteuers eine Situation eintreten kann, in der Frankreich einen scharfen Druck auf Polen im Sinne der Hilfeleistung ausüben würde, und es ist nur zu wünschen, daß sich dann die gegenwärtig in anerkennenswertem Maße vorhandene Einsicht in Polen nicht durch die französische Pression überrumpeln ließe. Unzweifelhaft würde den Franzosen ein Bemühen in dieser Richtung dadurch sehr erschwert werden, daß sich einstweilen auch nicht die kleinste Partei hier findet, die für eine Teilnahme an dem Vorgehen Frankreichs eintreten bereit wäre.

Als ein Beweis der Wirkung des verständigen Verhaltens der polnischen Regierung und der Bevölkerung Altpolens wenigstens in dieser Frage kann die veränderte Haltung angesehen werden, die das Organ der französischen Regierung in Warschau, das „Journal de Pologne" gegenwärtig einnimmt. In den beiden ersten Wochen der Ruhraktion hat dieses edle Blatt in höhnischer und brutaler Weise die Ohnmacht Deutschlands verspottet, indem es beispielsweise sich über den „ungefährlichen Holzsäbel", über den Deutschland nur verfüge, lustig machte. (Man wird sich beiläufig diesen „ungefährlichen Holzsäbel" merken müssen, wenn wieder einmal das „Journal de Pologne" oder seine Pariser Gesinnungsgenossen die Welt an „gefährliche deutsche Kriegsvorbereitungen" glauben machen wollen.) Gleichzeitig posaunte damals, d. h. in den ersten Wochen der Ruhraktion, das „Journal de Pologne" einen vollen französischen Erfolg aus. Da es aber diesmal mit seinem Hetzton in Warschau wenig Anklang fand und da auch der „volle französische Erfolg" bisher hat auf sich warten lassen, so beschränkt sich das Blatt seit einigen Tagen im wesentlichen auf bloße Tatsachen-Berichte, die durchaus nicht französische Erfolge zu melden wissen.

*

Soweit unser Bericht aus Warschau. Ist danach das Verhalten der Altpolen verständig — was man ihnen nur selten nachrühmen kann — so benehmen sich die Polen im früher preußischen Teilgebiete und in Deutschland umso schamloser. Die nationalistische polnische Presse Posens beschimpft die Franzosen, diesmal nicht innezuhalten, ehe nicht Deutschland politisch vernichtet und wirtschaftlich zum Bankrott gebracht sei. Nur die absolute Niederwerfung des Deutschen Reiches könne Europa den wirklichen Frieden geben.

Diese nichtsnutzigen Hetzereien in einem Gebiete, das nur durch rastlose deutsche Arbeit zu Kultur und Wohlstand gebracht worden ist, ist gewiß schamlos, aber die Posener Polen werden noch übertroffen durch gewisse Berliner Landsleute, die das deutsche Gastrecht in der unerhörtesten Weise mißbrauchen, indem sie das Vorgehen der Franzosen bejubeln und für vollkommen gerechtfertigt erklären. So hat der Berliner „Tageblatt Berlinski" in einem Artikel mit der Ueberschrift „Wie Du mir, so ich Dir" zunächst den Franzosen die größte Anerkennung ausgesprochen, weil sie mit der Aktion gegen das Ruhrgebiet Deutschland an der richtigen Stelle getroffen hätten. Das Blatt schreibt: „Frankreich wußte, welcher Stoß ein Todesstoß für den Staat sein kann, der sich aus der Agonie emporzurichten wünschte, ein Stoß, der mehr zertrümmert als der Versailler Vertrag. Nach dem Ruhrgebiet wurde die Schärfe des französischen Stoßes gerichtet. Die Franzosen wußten, daß die beste Friedensbürgschaft die Besetzung deutschen Landes mit der Produktion ist, die Deutschland mit Eisen versorgen kann."

Sodann wird der Erfolg Frankreichs als gewiß hingestellt. Deutschland dürfe nicht hoffen, von Rußland oder aus Amerika Hilfe zu erhalten, im Gegenteil, der vollständige Zusammenbruch seiner Mark werde Deutschland des Restes seiner Freunde berauben. Jubelnd verkündet das Berliner Polenblatt „die Macht hat gesiegt". Deutschland aber geschehe mit dem über ihm hereingebrochenen Unglück nur recht, denn „Wie Du mir, so ich Dir", für Sedan, für die Zerstörung Frankreichs im Kriege, für die Gewaltaten und Plünderungen in Belgien: die Besetzung des Ruhrgebiets".

In seinem Freudenrausche geht dem Polenblatte die Erkenntnis verloren, wie sehr es Frankreich durch den Vergleich der Ruhraktion mit Sedan bloßstellt. Der Sieg bei Sedan wurde erfochten gegen ein Heer von 200 000 Mann, das Jahrzehnte hindurch in dem Rufe gestanden hatte, das beste Heer der Welt zu sein. Die Ruhraktion aber ist unternommen worden gegen ein wehrloses Volk, dem man unter betrügerischen Vorspiegelungen die Waffen weggenommen hat. Ein Vergleich zwischen Sedan und der Ruhraktion kann nur Deutsch-

EIN GLAS WASSER
Regie: Ludwig Berger
In den Hauptrollen:
Mady Christians / Lucie Höflich /
Helga Thomas / Hans Brausewetter /
Rudolf Rittner / Hans Waßmann
Täglich: ½7 und 9 Uhr
UFA-PALAST AM ZOO
Vorverkauf täglich 11—1 Uhr